

37. ordentlicher Landtag.

II. Kammer.

4. öffentliche Sitzung am 26. November 1917.

Beginn: 3 Uhr 7 Minuten nachmittags.

Am Regierungstische: Ministerialdirektor Eggelsen, Dr. Roscher und andere Regierungskommissare.

Auf der Tagesordnung steht: Allgemeine Vorberatung über den Antrag Andra und Wen., Kartoffelanbaufläche betreffend. (Drucksache Nr. 15.)

Der Antrag lautet:

Die Kammer wolle beschließen:
die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, 1. in Anbetracht dessen, daß die Kartoffelanbaufläche im Deutschen Reich und im Königreiche Sachsen in bedrohlichem Umfange zurückgegangen ist und sich während der Kriegszeit immer mehr herausgestellt hat, daß keine andere Feldfrucht die Kartoffel ersetzen kann, mit allen Mitteln eine Befestigung des Verbrauchs von Kartoffeln zu erreichen, um eine genügende Sicherung der menschlichen Ernährung zu schaffen; 2. die hohe Erste Kammer zum Beitritt zu diesem Beschlusse einzuladen.

Abg. Andra (konf.):

Tob der Antrag heute bereits behandelt wird, dafür sind wir dem Direktorium dankbar, denn wir hatten den Antrag für dringend. Daß die Kartoffel als menschliches Nahrungsmittel das Wertvollste bedeutet, das unterliegt keinem Zweifel, hat schon früher keinem Zweifel unterlegen, aber die Erfahrungen des Krieges haben den Wert der Kartoffel als menschliches Nahrungsmittel auf das Klarste herausgehoben. (Sehr richtig! rechts.) Auch für die Landwirtschaft ist die Kartoffel eines der wertvollsten Erzeugnisse und die Kartoffel eine Frucht, die im Verhältnis zu den Getreidearten und Futterpflanzen die höchsten Nährstoffwerte ergibt mit Ausnahme der Futterrüben und der Zuckerrüben, wenn auch nicht allgemein in allen Lagen und in allen Böden, aber in dem größeren Teile des Deutschen Reiches. Die Kartoffeln sind am höchsten verdaulich, und deshalb ist die Kartoffel geradezu ein Universalnahrungsmittel. Das ist auch von den Forschern unüberlegtlich bewiesen worden. Stets ist die Förderung gestellt worden, eine möglichst hohe Kartoffel-Anbaufläche im Deutschen Reich sicherzustellen. Aber wir müssen zu unserem Schrecken und Bedauern feststellen, daß gerade das Gegenteil in den letzten Jahren eingetreten ist. Redner weiß dies zahlenmäßig nach, auch den Rückgang der Kartoffelerträge. Für 1917 haben wir im besten Falle mit 34,3 Mill. t Kartoffelertrag zu rechnen. Die Gründe des Rückgangs sind nicht schwer zu erkennen. Sie liegen einmal zweifellos in der falschen Preispolitik bei den Kartoffeln im Jahre 1915 und 1916, die einen großen Teil der Landwirte geradezu verprellt hat, ferner in den Fütterungsverboten usw. und dann nicht zum wenigsten in der Entschiedenheit zu geringen Saatmengen, die auf den Heftar zur Verfügung gestellt wurde. (Sehr richtig! rechts.) Und die zum Teil durch einzelne Kommunalverbände den Landwirten wieder auch noch abgenommen wurde mit dem Versprechen, sie wieder zur rechten Zeit zu ergänzen, und die dann an mündigen Stellen in einer Weise ergänzt wurde, die selbstverständlich die größte und berechtigteste Unzufriedenheit bei den Landwirten hervorgerufen hat. (Lebhaftes! Sehr wahr! und Sehr richtig! rechts.) Dann ist weiter zweifellos die geringe Anbaufläche in den letzten Jahren die Bestimmung mit ausschlaggebend gewesen: der Landwirt darf 10 Hektar für den Heftar Anbaufläche verwenden. Zur Berechnung dieser Anbaufläche diente nicht etwa das zu bestellende Areal in den betreffenden Anbaujahren, sondern die Anbaufläche des vorhergehenden Jahres. Das rächt sich nun in ganz erschreckender Weise, und ich glaube, wir haben alle Ursache zur schmerzhaftesten Umkehr und zu einer radikalen Umkehr von den jetzt vorliegenden Bestimmungen. Nur dadurch werden wir in der Lage sein, für das nächste Jahr einermöglichen erträglichen Zustand zu schaffen. Man sollte unbedingt versuchen, die Kartoffel-Anbaufläche auf 4 Mill. ha im nächsten Jahre zu steigern. Ich befürchte aber, nachdem ich mir die Sache nach verschiedenen Richtungen hin berechnet habe, daß es nicht möglich sein wird, 4 Mill. ha mit Kartoffeln zu bepflanzen, aber mindestens 3 1/2 Mill. ha müssen meiner Ansicht nach unbedingt im nächsten Frühjahr mit Kartoffeln bepflanzt werden.

Die Viehbestände sind etwas verringert worden; das ergibt die Viehzählung. Die Anzahl ist zurückgegangen, und nur die Jungviehbestände sind etwas zahlreicher geworden, also die Stallmispromission ist nicht in demselben Umfange möglich. In diesem Jahre kann Stroh fast gar nicht eingespart werden, und außerdem ist das Futter der Tiere zu teuer, daß der Wert des Stallmistes und der Jauche mindestens gegenüber früher bezüglich seines Stickstoffwertes zurückgegangen ist. (Sehr richtig! rechts.) Zu dem kommt noch hinzu, daß infolge Kohlenmangels, Arbeitsmangels und Wagenmangels die Versorgung der deutschen Landwirtschaft mit Düngemitteln, Kautschuk, Kali usw. leider nicht in dem Umfange wie es unbedingt notwendig wäre, möglich ist, und schließlich ist, daß die Stickstoffdüngemittel künstlichen Düngers herstellen und von denen man gewohnt war, daß sie in diesem Jahre schon die Landwirtschaft vollständig mit Stickstoff würden versorgen können, von der Herrscherverwaltung bezüglich ihrer Produktion so in Anspruch genommen werden, daß sie höchstens 15 bis 20 Proz. des früheren Stickstoffbedarfes der Landwirtschaft liefern können. Es ist also eine in sich und nach eintretende vollständige Erschöpfung des Bodens unabweislich, und dadurch werden natürlich alle Bodenerträge geringer werden, nicht nur die Getreideerträge, sondern auch die Kartoffelerträge werden ganz erheblich zurückgehen. Nun kommt außerdem noch hinzu, daß infolge der Trockenheit im Deutschen Reich nicht nur das Brotgetreide einen Fehlbetrag anzeigt bezüglich der Versorgung der Bevölkerung, sondern eine Streckung des Brotes mit Kartoffeln notwendig ist, sondern, daß weiterhin auch die Sommergetreideernte, Weizen, Roggen, so gering ausgefallen ist, daß jedenfalls nicht nur die Beschaffung von Saatgut für nächstes Jahr, sondern auch die Versorgung der Heeresverteilung und der im Inlande verwendeten Herde ungeheuer schwierig wird. Die Kartoffel muß jedenfalls auch hier mit helfend eingreifen. Dem Entschlusse von 34,3 Mill. Tonnen muß ich gegenüberstellen, wie diese Ernte verbraucht wird und wie sie verbraucht werden möchte. Da rechnet ich zunächst einmal 15 Mill. Tonnen und 10 Mill. Tonnen Getreide mit einem solchen von 2,5 Mill. Tonnen. Dann rechnet ich 40 Mill. t Verbrauch mit einem Verbrauch von 7,2 Mill. Tonnen. Dann muß man unbedingt — ich rechte dabei mit Absicht wenig, um überhaupt in meinem Vorschlage auszuwachen — mindestens 10 Proz. Abgang rechnen (Abg. Vör: Das ist sehr wenig!), das sind die Kartoffeln, die zum Essen zu klein sind, die angekauft aber angegriffen sind und die zur Verfütterung gelangen, das sind 3,4 Mill. Tonnen. Dazu kommen noch 10 Proz. Abgang durch

Fäulnis, Atmung, Frostschaden usw., das sind wieder 3,4 Mill. Tonnen. Zur Brennerei werden 2,15 Mill. Tonnen gebraucht. Dieser Spiritus wird nicht zum menschlichen Genuß verwandt, sondern zu 95 Proz. der Heeresverwaltung zum Zwecke der Munitionserzeugung geliefert. Für die Brotbackung kommen noch 3,6 Mill. Tonnen Kartoffeln in Betracht.

Wie denkt man sich nun die Ergänzung und die Verzögerung der jetzigen Anbaufläche, die jetzt nur 2,65 Mill. ha betragen hat? Infolge der schlechten Ernte wird es nicht möglich sein, soviel Weizen und Roggen-Saatgut zur Verfügung zu stellen, daß die Landwirtschaft besonders in denjenigen Gegenden, wo eine schlechte Sommer- oder Winterernte gemacht worden sind, ihre Felder, wie sie gewohnt sind, vollständig mit Sommergetreide bestellen können. Wenn ich rechte, daß vielleicht 9 Proz. der Anbaufläche infolge Mangels an Saatgut nicht bestellt werden, so würden das ungefähr 240.000 ha sein. Außer dem muß man auch damit rechnen, daß auch bezüglich der Wildstrücker und des Mangelgetreides Saatmangel besteht und daß man vielleicht 100.000 ha von dieser Anbaufläche zum Kartoffelanbau verwenden kann. Dann müßte unbedingt angeordnet werden, daß im Jahre 1918 keine Brache gehalten werden sollte und daß vielleicht 25 Proz. davon mit Kartoffeln angebaut werden müßten, das wären ebenfalls 240.000 ha sein. Dann könnte man vielleicht noch an eine Vergrößerung der Wägen- und Futterpflanzen-Anbaufläche denken mit rund 110.000 ha, jedoch man also, wenn man die 2,45 Mill. ha Anbaufläche damit nimmt, auf eine Anbaufläche von 3 1/2 Mill. ha kommen würde. Wie soll das erreicht werden? Soll das der deutschen Landwirtschaft als ein bestimmter Zwang auferlegt werden? Das ist unmöglich. (Sehr richtig! rechts.) Bismarck müßte man zunächst unbedingt für die Ernte 1918 einen genügend hohen Mindestpreis für die Kartoffeln festsetzen. Man müßte unbedingt dafür sorgen, daß die nötige Menge Saatkartoffeln für alle zu bestellenden Flächen sicher beschafft werden. (Nun ist rechts: Das ist die Hauptsache!) Man könnte vielleicht für die Mehranbaufläche, die der betreffende Landwirt zur Verfügung stellt, bis zum Höchstbetrage für den Heftar von 250 Hektar oder 2,50 Mill. für den Heftar bezahlen, oder man könnte vielleicht die Mehranbaufläche für den Heftarbau zu billigeren Preisen liefern, etwa 3 Mark für den Heftar, oder man gibt für jeden Hektar Mehranbau 180 Mark Prämie oder für den Heftar 1,80 Mark. Das ist etwa die Gefahr eintreten könnte, daß durch den Anbau von 3 1/2 Mill. ha eine Überproduktion an Kartoffeln eintreten könnte, das braucht man im Grunde nicht anzunehmen, denn es steht doch zweifellos fest, daß infolge der Umänderung der Wirtschaft des Lebens und in Anbetracht dessen, daß ein großer Teil der Fläche in Brache gelegt werden muß, das nicht mit Stallmistern und genügend künstlichen Düngern gedeckt werden kann, die Kartoffelernte wohl schwerlich eine zu große im Jahre 1918 werden wird. Wir sind aber unbedingt der Sicherung der Volksernährung die höchste Aufgabe. (Bravo! rechts.)

Regierungskommissar Ministerialdirektor Witt, Geh. Rat

Dr. Roscher

(nach den stenographischen Niederschriften):

M. H.! Die Königl. Staatsregierung hält den Gegenstand des heutigen Antrages für sehr wichtig. Ich erinnere daran, daß im August 1908 in den „Preussischen Jahrbüchern“ Prof. Hans Delbrück einen Aufsatz veröffentlichte, in dem gelangt war: Selbst wenn unsere Heere den an Zahl überlegenen Deutschen Frankreich, Rußland und England überlegen würden, so würden doch englische Schiffe und die Einfuhr anderer vom Auslande benötigter Nahrungsmittel ganz abhandeln und uns damit dem Verhungern preisgeben können. Diese trübselige Aussicht Delbrücks bedrohlich ist nicht zwei wichtige Umstände: einer, der das Durchhalten unserer Heere erschwert, die Unterseeboote, und einen anderen, der unser Vorkommen erschwert, die Kartoffel. (Sehr richtig! rechts.) Das Wichtigste ist die Unterseeboote, das dem Verfallere jenes Aufsatzes nicht zum Bewußt gemacht werden. Denn im Jahre 1908 hatte Deutschland 1 Unterseeboot, Frankreich 50, England 40, Rußland 29. Daten der feindlichen Unterseeboote hat die Geschichte nicht verzeichnet. (Sehr richtig!) Während sie die Stärkung der deutschen Unterseeboote in Bezug auf die verteilungswirtschaft erfolgte Einschränkung der Nahrungsmittel unserer Heere jedenfalls für alle Zeiten festlegen wird.

Gegen die eintretende Ansicht Delbrücks wurde schon im Jahre 1908, also sechs Jahre vor Beginn des Weltkrieges, von einem Beamten des Reiches Deutscher Spiritusfabrikanten, Dr. Behrend, ein kleiner, aber inhaltvoller Aufsatz veröffentlicht mit der bezeichnenden Überschrift „Die Kartoffel im Kriege“. Dr. Behrend der den Abschluß des Krieges nicht mehr erlebte, wies darauf hin, daß wir in der Kartoffel einen Rückhalt hätten, der uns in vieler Beziehung über unsere Gegner weit hinaus erhebe. Er konnte daran erinnern, daß die durchschnittlichen Kartoffelerträge Deutschlands von einem Hektar in den fünf Jahren 1888/92 nur 95 dt betragen, in den fünf Jahren 1903/07 aber reichlich 131 dt. Deutschland ist bekanntlich das kartoffelreichste Land der Erde. Rußland hat zwar eine größere Anbaufläche für Kartoffeln, aber weit geringere Erträge, nicht bloß nach der Gesamtmenge, sondern vor allem nach den Dingen auch im Verhältnis zur Anbaufläche. Während wir im Jahre 1913 vom Hektar 135 dt durchschnittlich ernteten, brachte es Rußland damals nur auf 74 dt, also auf etwas mehr als die Hälfte.

Die Kartoffel ist für eines unserer wichtigsten Lebensbedürfnisse. Die Bevölkerung Europas, wie sie jetzt stattfindet, insbesondere auch Deutschlands, wäre völlig undenkbar, wenn wir nicht die Kartoffel hätten. Und doch ist die Kartoffel erst seit etwa 200 Jahren bei uns angebaut. In dieser Beziehung hat Sachsen die Ehre, am frühesten vorgegriffen zu sein. Umgekehrt im Jahre 1717 wurde mit dem Anbau bei uns begonnen. Frankreich folgte erst etwa 21 Jahre später nach, und hier mußten jedoch, auch durch Friedrich den Großen, dessen Verdienste auf diesem Gebiete nicht genug zu wirtigen sind, Zwangsmaßnahmen angewendet werden. Namentlich wurde der Anbau der Kartoffeln durch die im Jahre 1770 herrschende gewaltige Hungersnot gefördert und verallgemeinert. Das der Anbau der Kartoffeln bis zu einer Meereshöhe von 1000 m möglich ist, wiewohl insbesondere der geringe Teil unseres Sachsens wohl zu wirtigen. Durch die Kartoffel wurde die Häufigkeit und Schrecklichkeit von Hungersnöten wesentlich verringert.

So ist es wohl zu begreifen, daß Matthias Claudius, von dem das folgende, noch immer gehörende Anekdoten herkommt, auch der Kartoffel ein heute noch viel geringeres Vieh gewidmet hat. U. d. einer der besten unserer Sachsenlandes, Ludwig Richter, hat beide beglücklichen Gedichte „Matthias Claudius“ durch köstliche Bilder, die jetzt noch zu Tausenden im Volke umgehen, verherrlicht.

Nun, M. H., in besonderem zu dem Antrag Andra. Der Antrag Andra beschäftigt sich mit der Frage, wie für die nächstjährige Ernte eine ausreichende Kartoffel-Anbaufläche sichergestellt werden kann. Er geht also von der Voraussetzung aus, daß ein weiterer Rückgang der Kartoffel-Anbaufläche für das nächste Jahr zu befürchten ist. Wie bereits in der Begründung des Antrages hervorgehoben wurde, beschäftigt sich mit der gleichen Frage eine Denkschrift des Kriegsausschusses der deutschen Landwirtschaft über die Sicherung unserer Volksernährung. Die Denkschrift

versucht die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Steigerung unserer Kartoffelernte um etwa 10 Mill. t nachzuweisen und fordert die Erhöhung der Anbauflächen um etwa 1 Mill. ha, gleichzeitig ausreichende Rückstellungen von Saatgut in unseren besten und ertragsreichsten Sorten. Die dem Antrage gegebene Begründung läßt erkennen, daß sich die Wünsche des Den. Antragstellers in einer ähnlichen Richtung bewegen. Die Stellungnahme, welche die Regierung hierzu einnimmt, ist, wie sich bei dem starken Zustuhlsbedarf Sachsens an Kartoffeln ohne weiteres ergibt, von der Beurteilung der nächstjährigen Ernteaussichten im gesamten Gebiete des Reiches abhängig. Es wird deshalb nicht sowohl um besondere Maßnahmen der sächsischen Regierung als darum handelt, es von hier aus den zuständigen Zentralstellen eine entsprechende Anregung gegeben werden soll oder wie sich die sächsische Regierung gegenüber den vorgetragenen Wünschen verhalten wird, die selbstverständlich auf maßgebender Stelle längst bekannt sind und eingehend geprüft werden.

Die für einen weiteren Rückgang der Kartoffelerträge im nächsten Jahre gedehnten Befürchtungen gründen sich auf die Erfahrungen des letzten Jahres. Nach der amtlichen Statistik soll die Anbaufläche der Kartoffeln von 3,57 Mill. ha im Jahre 1915 auf 2,8 Mill. ha im Jahre 1916 und auf 2,37 Mill. ha im Jahre 1917 gefallen sein. (Hört, hört!) Es aber diese Zahlen ein zutreffendes Bild geben, ist sehr zweifelhaft. Namentlich der starke Abfall der Anbaufläche von 1915 zu 1916, den die Statistik ergibt, beruht mindestens in einem erheblichen Teile auf einer veränderten Ermittlung der Anbaufläche. Es hatte sich in dem ersten Kriegsjahre herausgestellt, daß die Ermittlung der Anbaufläche ganz allgemein zu tiefen geschätzt hatte, die zu hoch waren. Es ist deshalb bereits für 1915 eine nachträgliche Ermittlung durch Individual-Belegungen angeordnet worden, bei der sich die Differenz für die Kartoffel-Anbaufläche um 22 Proz. niedriger stellte, als bei der Anbauflächen-Ermittlung Anfang Juni 1915. Ist die nachträgliche Erhebung richtig, so würden also im Jahre 1915 nicht 3,57 Mill. ha, sondern nur 2,79 Mill. ha mit Kartoffeln bebaut gewesen sein, mithin annähernd dieselbe Fläche, wie sie für das Jahr 1916 nach der gleichen Methode festgestellt worden ist. Ein auffälliger Rückgang würde hiernach nur von 1916 zu 1917 aus der Statistik sich ergeben. Inwiefern sich darauf hingewiesen werden, daß auch die Differenz für 1917, die gegenüber dem Vorjahre etwa 0,1 Mill. ha weniger Anbaufläche aufweist, durchaus nicht unbekannt ist. Für Sachsen sind die entsprechenden Zahlen der Jahre 1916/17 102.592 ha und 92.992 ha, woraus sich ein Rückgang um etwa 9 Proz. ergeben würde, der dem des Reichsdurchschnitts entspricht. Selbst wenn man die Richtigkeit dieser Zahlen in Zweifel zieht, wird man aber in jedem Fall eine gewisse Verminderung der Anbaufläche für Kartoffeln im Jahre 1917 annehmen müssen. Es ist also zu fragen, ob ein weiterer Rückgang für das nächste Jahr zu befürchten ist und ob durch Maßnahmen der Regierung dieser weitere Rückgang aufgehalten werden kann, womöglich aber eine erhebliche Steigerung der Kartoffel-Anbaufläche zu erzielen ist.

Wenn im Jahre 1917 eine kleinere Fläche mit Kartoffeln bebaut werden ist, so darf der Grund hierfür vornehmlich in den ungenügenden und verspäteten Versorgung mit Saatkartoffeln gesucht werden. (Sehr richtig!) Die Ernte des Jahres 1916 war bekanntlich eine außerordentlich Missernte. Wir waren genötigt, in weiten Umfange auch die Saatkartoffel-Felder zur Versorgung der Städte mit heurücklichen, und waren infolge der schlechten Transport-Verhältnisse und des starken Mangels an wirklich brauchbaren Saatkartoffeln bei weitem nicht in der Lage, das Bedürfnis der Landwirtschaft nach Saatgut ausreichend zu befriedigen. Es darf angenommen werden, daß dieses der wichtigste Grund für die Verminderung der Anbauflächen gewesen ist. Aller Voraussicht nach wird er im nächsten Jahre nicht mitwirken. Die Versorgung mit Saatkartoffeln ist vollständig vorbereitet und wird aller Voraussicht nach die Landwirtschaft in der Lage setzen, ihren Bedarf an Saatgut rechtzeitig und vollständig zu decken. Die Regierung ist nicht dieser Aufgabe volle Aufmerksamkeit und wird alles daran setzen, um den im letzten Frühjahr so schwer empfundenen Mangel an Saatkartoffeln nicht wieder eintreten zu lassen. Was für die Kartoffeln auch im nächsten Jahre ein außerordentlich reiches Frühjahr sei, woran nicht zu zweifeln ist, so fehlt ein entscheidender Grund, der den Landwirt veranlassen könnte, den Kartoffelanbau zu bekräftigen.

Wollte man darüber hinaus einen besonderen Anreiz bieten, die Kartoffel-Anbaufläche erheblich zu vergrößern, so müßte es sich um Kosten handeln, welche anderen feldmäßigen Anbau die Verzögerung vor sich gehen soll. Die Winterfrucht kommt hierbei nicht in Betracht. Es könnte sich also nur um eine weitere Befruchtung der Sommerfrucht oder des Wägenanbaues handeln, wenn man durch künstliche Mittel den Kartoffelanbau weiter ausdehnen wollte. Hierbei ist aber zu bedenken, daß die Ausichten für eine reichliche Befruchtung der Felder mit Sommergetreide, namentlich mit Hafer und Weizen leider eben durch die schlechte Ernte im Jahre 1916, die geringe Anzahl der diesjährigen Ernte an Hafer und Weizen bringt es mit sich, daß es gerade hierfür im nächsten Frühjahr sehr an Saatgut fehlen wird. Auch ist zu bedenken, daß die Befruchtung, die Getreide-Anbaufläche zu vergrößern, sehr viel geringere Erträge bringt, nachdem die dem Erbauer früher befallenen 40 Proz. der Ernte in die öffentliche Bewirtschaftung einbezogen sind. Daß die Kartoffel-Anbaufläche zugunsten eines erweiterten Wägenanbaues beschränkt wird, wird sich wohl durch den immer stärker werdenden Mangel an geeigneten Düngemitteln von selbst ergeben, da die Wägen höhere Ansprüche an die Düngung stellt als die Kartoffel.

Ganz anders würde sich allerdings die Frage dann stellen, wenn man nach den Ergebnissen der Statistik annehmen könnte, tatsächlich größere landwirtschaftlich nutzbare Flächen im letzten Jahre unbekannt geblieben wären. Nach dieser wären allein in Sachsen im Jahre 1917 5951 ha ungenutzter Ackerfläche liegen geblieben. (Hört! hört!) Es wäre von größtem Werte, solche Flächen, soweit irgend möglich, für den Kartoffelanbau nutzbar zu machen. Es muß aber hier be zweifelt werden, ob tatsächlich eine so große Ackerfläche unbenutzt geblieben ist. Möglicherweise handelt es sich hier lediglich oder fast ausschließlich um die nach dem Wirtschaftsjahre namentlich im Gebirge übliche Brache, die keineswegs ohne weiteres zur Pflanzung mit Kartoffeln herangezogen werden kann. Wenigstens sind die gehörten Sachverständigen darüber einig, daß keineswegs in Sachsen oder in anderen Gegenden des Deutschen Reiches wirklich neuentdeckte Ackerflächen infolge der eingetretenen Wirtschaftskrisen in ungenutzter Weise bisher unbekannt geblieben sind. Hierbei sind jedoch die Erörterungen, die auf Veranlassung des Ministeriums der Landwirtschaft angeführt sind, noch nicht völlig abgeschlossen.

Ohne einer endgültigen Stellungnahme vorzugreifen, glaubt daher das Ministerium, daß für das nächste Jahr ein Rückgang der Kartoffel-Anbaufläche, der zu ganz außerordentlichen und die Reichsfläche schwer belastenden Maßnahmen Anlaß geben würde, kaum zu befürchten ist. Inwiefern sich bei der außerordentlichen Tragweite der Frage die Regierung geru bereit, auf eine weitere Erweiterung einzugehen und deren Ergebnis bei ihrer endgültigen

Stellungnahme zu den vorgebrachten Vorschlägen auf sorgfältigste zu erwägen. (Pravo!)

Abg. Nippste-Leipzig (nl.):

Wir sehen dem Vorlaufe des Antrages Andra und Gen. freundlich gegenüber. Die Befürchtungen des Antragstellers sind von uns bei jeder Gelegenheit, die sich geboten hat, zur Sprache gebracht worden. Wir haben bei jeder Gelegenheit darauf aufmerksam gemacht, daß uns durch die Verringerung der Kartoffel-Anbaufläche eine außerordentliche Gefahr droht. Als weiterer Grund für den Rückgang der Kartoffel-Anbaufläche ist zu den Ausführungen des Abg. Andra der Umstand zu nennen, daß die Kartoffel als Hauptfrucht eine größere Pflege, eine größere Bearbeitung verlangt als andere Fruchtarten und daß es bei dem Mangel an Arbeitern ganz selbstverständlich erscheint, wenn schon an und für sich die Anbaufläche zurückgegangen ist. Wir geben aber auch besonders zu, daß die ganze Behandlung des Saatgutes durch die Regierung die Hauptveranlassung gewesen ist. Auch die bestehenden Vorschriften, die sich vor allen Dingen darauf bezogen, daß auf den Hektar nur 40 Ztr. und dann wohl nur noch 32 Ztr. ausgelegt werden sollten, halten wir für durchaus falsch. Die Maßnahmen in dieser Beziehung soll man dem Landwirt überlassen, der am besten wissen wird, wie er die ihm zur Verfügung stehende Fläche Saatgut auslegen hat. Nun haben wir bisher den Standpunkt vertreten, daß wir dem Rückgang der Anbaufläche nur wirksam entgegenzutreten können, wenn eine Anbaufläche herbeigeführt wird, die natürlich nur gefördert werden kann, wenn alle Vorbedingungen gegeben sind. Aus diesen Gründen verlangen wir auch für das kommende Entsch. daß der Landwirtschaft und den Kartoffelerzeugern überhaupt genügend ausreichendes und entsprechend gutes Saatgut zur Verfügung gestellt wird und daß die Preise für das Saatgut in einem angemessenen Verhältnis stehen zu den Preisen, die der Kartoffelerzeuger für die von ihm erbaute Kartoffeln bekommt. Dann sind wir weiter der Auffassung, daß auch dafür Sorge getragen werden muß, daß genügend künstlicher Dünger für die Kartoffelerzeuger zur Verfügung steht, daß bezüglich der Geldpanne das zur Verfügung steht, was gebraucht wird, und daß auch für die Zeit der Ansaat Arbeiter und namentlich Betriebsleiter in genügender Zahl beschafft werden. Wenn man diese Bedingungen erfüllt, und sie müssen erfüllt werden, dann kann man auch eine Gegenleistung von der Landwirtschaft verlangen in Form einer Anbaufläche. Wenn wir zum Ziele kommen wollen, dann ist es nur auf diesem Wege möglich. Das ist kein leichter Zwang, das ist auch keine Herabwürdigung des deutschen Landwirtes zum Sklaven, wie der Abg. Andra meint, das ist etwas ganz Selbstverständliches, was sich in anderer und noch viel schärferer Form in jeder Berufsform im deutschen Reichland hat gefallen lassen müssen. Gerade der Umstand, daß sich nach und nach auch die Gegenseite der Anbaufläche aus den Kreisen der Landwirtschaft mehr und mehr zu dieser Notwendigkeit bekennen, veranlaßt uns, nach wie vor auf diesem Standpunkt stehen zu bleiben. Die Forderung des Abg. Andra, daß die Anbaufläche von 2,45 Mill. ha auf 3 1/2 Mill. ha gebracht wird, unterschreiben wir vollständig, aber der Abg. Andra hat uns nicht gesagt, welche Mittel er für möglich und angemessen hält, um nun auch die 3 1/2 Mill. ha mit Kartoffeln zu besetzen. Er hat ausgeführt, daß es ihm erdiene, als ob höhere und angemessene hohe Preise wohl ein Mittel wären, um die Anbaufläche zu vergrößern. Da möchte ich aber doch ein großes Fragezeichen dahinter machen. Wir glauben nicht, daß höhere Preise allein uns diesen Zweck erreichen lassen; denn wir wissen, wie hoch die Preise gefördert werden, und haben keine Garantien dafür, daß auch bei noch höheren Preisen die 3 1/2 Mill. ha Anbaufläche mit Kartoffeln besetzt werden. Das ist nur möglich auf dem Wege der Anbaufläche, die wir die Regierung bitten einzuführen. Es ist unbedingt notwendig, daß mit diesem Willen ohne Rücksichtnahme vorgegangen wird.

Ich möchte noch kurz darauf hinweisen, daß man im kommenden Entsch. nicht wieder dazu übergehen sollte, den Leuten, die Kartoffeln anbauen wollen, zu roten, Strohlinge zu verwenden. Das hat sich als eine kostspielige Spielerei herausgestellt, die nur den Grund und Boden, aber als Anbaufläche in Frage kam, für mehrere Spielerei in Anspruch genommen hat, die aber keinen besonderen Erfolg gehabt hat. Weiter möchte ich der Regierung anheimgeben, hoch den Kartoffelerzeugern, vor allen Dingen den kleinen Leuten in den Großstädten, für diese Kartoffelerzeugung die Anbaufläche, die freigeblieben ist, höher zu bemessen als auf 200 qm, weil der Boden, der dort in Frage kommt, nicht landwirtschaftlich kultiviert ist und lange nicht das Ertragsmaß hat, wie das bei gutem landwirtschaftlichen Boden der Fall ist. Ferner fordert zum Schluß Vermehrung der Transportmittel, da die Transportmittel eine außerordentliche Rolle spielen. (Pravo!)

Abg. Lange-Leipzig (bz.):

Wir stimmen mit dem Antrag in mancher Beziehung überein. Den Anbau der Kartoffel zu fördern, sind wir bereit. Wir würden bereit sein, diesen Antrag in Schlichterung zu nehmen, aber durch die Begründung, hohe Mindestpreise voranzusetzen, um den Kartoffelanbau zu fördern, was uns nicht der richtige Weg zu sein scheint, sind wir dafür, daß der Antrag im Ausschuss beraten wird. Auch die Prämie ist eine verdeckte Anwendung weiterer Mittel. Es wird behauptet, daß die Anbaufläche zu gering ist, aber die Zahlen, die der Abg. Andra gebracht hat, täuschen. Den Saatmangel erkennen wir an, sind auch bereit, dem Antrag insoweit zuzustimmen, daß die Regierung dafür sorgen möge, daß genügend zur Verfügung gestellt werde. Nun ist aber in dem Antrag häufig eingewendet worden, daß: „Mit allen Mitteln eine Begünstigung des Kartoffelanbaues von Kartoffeln zu erstreben.“ Gegen diese Begünstigungspolitik wenden wir uns unter allen Umständen. Diese Begünstigungspolitik ist gerade jetzt während des Krieges genug getrieben worden.

In der Provinz Hannover hat man bereits in diesem Jahre einfach angeordnet, die Bauern, die in diesem Jahre weniger Kartoffeln anbauen, werden mit ihren Kartoffeln rationiert, und das hat sehr häufig gewirkt. Wenn alle unsere Erzeuger mit ihren Kartoffeln, mit ihren Lebensmitteln rationiert würden, wie die Versorgungsbehörden, so würden sie in diesem Jahre von etwas anderen Gesichtspunkten aus betrachten, und nicht nur von ihrem Sparsamkeitsbedürfnis aus. Ich habe schon bei früherer Gelegenheit gesagt: Wir sind bereit, für die Landwirtschaft das, was für die Förderung der Nahrungsmittelherstellung gefehlt kann, zu tun. Aber wir leben dies nicht in erster Linie in diesen hohen Preisen. Nehmer führt ein Beispiel an: Woher soll das Getreide? Die Kartoffelpreise sind gegen das Vorjahr um 32 Proz. gestiegen. Es gibt heute noch Landwirte, die ehlich genug sind und sagen: Bei dieser Entsch. in diesem Jahre diese Kartoffelpreise, das ist etwas ganz Unvernünftiges. Und jetzt bereits, im November, mit diesem Antrag zu kommen, mit allen Mitteln und in erster Linie mit hohen Mindestpreisen, das ist offen und ehrlich von Ihrer Überzeugung aus. Sie dürfen uns das nicht abnehmen, daß wir dann mit derselben Ehrlichkeit mit unserer Überzeugung dem entgegenzutreten. Ich betrachte den Antrag als Vorarbeit für weitere. Wenn nicht der Antrag vorliegt, dann sollte die deutsche Landwirtschaft nichts machen? Nein, ich schätze die deutsche Landwirtschaft viel zu hoch ein. So gut wie der Arbeiter, der Gewerbetreibende, jeder einzelne kleine Einzelgänger tut, soll da die deutsche Landwirtschaft einfach weniger Kartoffeln bauen, wenn nicht durch Preise ein Anreiz gestellt

würde? Dazu halte ich im allgemeinen die deutsche Landwirtschaft für zu hoch, das mögen einzelne sein, die glauben, ihre Interessen dadurch zu wahren. Damit ist aber dem Deutschen Reich nicht gedient, sondern dadurch, daß nach Möglichkeit erzeugt wird und daß alle möglich sich an Kartoffeln satt essen können. Von diesem Gesichtspunkte aus sind wir bereit, im Ausschuss mit zu arbeiten.

Abg. Schröder (kon.):

Zu Namen meiner politischen Freunde stelle ich zunächst den Antrag:

Die Kammer wolle beschließen: den Antrag Andra der Reichshausdeputation zur Beratung zu überweisen.

Ich möchte auch meinerseits nochmals hervorheben: Der Rückgang der Kartoffel-Anbaufläche ist in der Haupt Sache dem Umstand zuzuschreiben, daß es im vorigen Jahre an dem nötigen Saatgut gefehlt hat. Zum anderen Teile aber ist die Abnahme der Anbaufläche der Tatsache zuzuschreiben, daß eine unangemessene Preisbildung bestand zwischen Speisekartoffeln und Saatkartoffeln, und man konnte einen Landwirt, der nicht gerade (aus besonders mit Rücksicht auf den Preis) geeignet war, nicht erwarten, daß er so hohe Summen in die Beschaffung von Saatgut steckte. Auch hat der Gemüsebau gerade in diesem Jahre eine ungeheure Ausdehnung angenommen zum Teil auf Kosten des Kartoffelanbaues. Wenn wir die Kartoffel-Anbaufläche vermindern wollen, so müssen wir vor allen Dingen darauf sehen, genügend Saatgut zu schaffen. Den Standpunkt des Abg. Andra, daß man vielleicht darauf zukommen könnte, extra Vergütungen, Prämien usw. zu schaffen, teile ich persönlich nicht. Dadurch erweckt man ohne weiteres den Eindruck, als wenn der Landwirtschaft dadurch besondere Liebesgaben gegeben würden. (Zehr richtig!) Ich habe bereits häufig in der Kammer darauf hingewiesen, daß wir solche Liebesgaben und Sondervergütungen durchaus nicht anstreben. Wir verlangen weiter, nichts, als daß man uns für unsere Produkte einen den gesteigerten Produktionskosten und dem Sinken des Geldwertes angemessenen Preis bezahlt. (Zehr richtig! recht.) Wenn es sich um die Beschaffung des für die vermehrte Anbaufläche nötigen Saatgutes handelt, so glaube ich, möchte man vor allen Dingen darauf zukommen, den Erzeugern das Saatgutquantum, die Menge Kartoffeln zu besitzen, die sie brauchen, um ihre Anbaufläche zu vergrößern. Ich meine, die anderweitige Saatgutbeschaffung, der Ankauf von Saatgut muß erst in zweiter Linie kommen. Wenn auch ein Saatgutwechsel eine der Hauptforderungen des rationellen Kartoffelanbaues ist, so ist er doch nicht die unbedingt notwendige Voraussetzung für einen rationellen Kartoffelanbau. Ferner erlaube ich mir ein Beispiel.

Meines Erachtens wird in der gegenwärtigen Zeit viel zu viel Kellern für sogenanntes „Anerkanntes Saatgut“ gemacht. (Zehr richtig! recht.) Wir haben es erlebt, daß gerade in diesem Jahre die Wirtschaften, welche sich mit der Abgabe von „Anerkanntem Saatgut“ beschäftigen, wie viele aus der Erde geschöpfen sind. (Zehr richtig! recht.) Es ist überhaupt kein Verdienst, wenn einer eine Wirtschaft hat, in der sogenanntes „Anerkanntes Saatgut“ abzugeben wird, sondern es ist meines Erachtens lediglich eine Bevorzugung einzelner kapitalstärklicher Wirtschaften. (Zehr richtig! recht.) Für die Bevorzugung haben sie nun den Vorzug, daß sie etwas höhere Preise für ihre Produkte verlangen dürfen, während sie absolut keine Beweise für ihre Arbeit vorlegen können. Wir haben es erlebt, daß wir auch aus anerkannt guten Wirtschaften sehr zweifelhafte Ware bekommen haben. (Zehr richtig!) Vor allen Dingen hat die Sache auch die Schattenseite, daß diese Kartoffeln für Ernährungszwecke abgeben, und die anderen Landwirte müssen dafür die entsprechende Menge Speisekartoffeln abgeben. Meines Erachtens ist es überhaupt im Krieg nicht angebracht, derartige Privilegien zu bewilligen. Obgleich auch ich nun natürlich ganz entschieden dafür bin, daß wir eine Steigerung unserer Kartoffelernte mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln anstreben müssen, so meine ich doch, daß nicht allein in der Vergrößerung der Anbaufläche das Ziel liegt. Eine gute Kartoffelernte ist von Faktoren abhängig, die sich unserem Einflusse entziehen, vor allen Dingen aber von der Witterung. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß besonders durch die Beschäftigung des Großen Schweren-Lothens eine gewisse Aktion unternommen wird, um die anerkanntesten Saatgutwirtschaften wieder in gewisser Weise zu begünstigen. Ich bin gewissermaßen den Abfall ihrer Produkte zu sichern. Wir haben es also, als ob man lediglich die Saatgutwirtschaften eine Vermehrung der Anbaufläche anstrebt. So sehr ich auch diesem Ziele zuneige, die Anbaufläche zu vergrößern, so möchte ich aber — das wiederhole ich — es als das Rationalste bezeichnen, daß man den Erzeugern draußen im Lande beibringt, daß sie die Erträge ihrer Kartoffelkulturen zu steigern brauchen. Um die Erträge ihrer Kartoffelkulturen zu steigern, dazu bedarf es vor allen Dingen guter Düngung, dazu bedarf es auch genügenden Wassers. Die Kartoffel beansprucht auch viel Arbeit. Wenn alle diese Voraussetzungen erfüllt sind, dann werden auch die Erträge nicht ausbleiben, die in diesem Antrage erörtert werden. (Pravo! recht.)

Abg. Zeger (Unabh. Soz.):

Der vorliegende Antrag sagt nichts anderes als die Landwirtschaft für die Landwirtschaft für das nächste Jahr. Nun ist es aber auch nicht richtig, daß etwa dadurch, daß die Preise so erheblich gesteigert werden, wie es jetzt verlangt wird, mehr Kartoffeln geerntet würden. Die Auffassung, daß die Kartoffeln das vornehmste Nahrungsmittel für die Menschen seien, ist eine Auffassung, die nur der hat, der möglichst große Geschäfte mit Kartoffeln machen will. (Lachen rechts.) Aber selbst mit den Kartoffeln allein ist doch nochgewissermaßen die Menge von Kartoffeln nicht gedeckelt worden, die wir vor dem Kriege bei niedrigen Preisen hatten, und es ist auch nicht wahr, daß der Mangel an Arbeitskräften, der Rückgang in der Ertragsfähigkeit des Bodens die Ursache für die Verringerung ist. Die Landwirte können sehr gut rechnen, indem sie sich fragen: Je weniger wir von einem Produkt anbauen, um so höher müssen ichverständlich die Preise steigen. Die Landwirte haben allerdings eine sehr große Hilfe an den Behörden. Ferner besteht eine Mitteilung eines Landrates, daß die Berliner maßgebenden Stellen annehmen, daß weite Kreise der Erzeuger die Kartoffeln in tieferen Preisen zurückhalten, um sie entweder zu veräußern oder im Wege des Schleichhandels zu Exportieren zu verkaufen. (Hört, hört!) Bei den Unabhängigen (Sozialdemokraten.) Sie können also daraus ersehen, daß es mit der mangelhaften Erzeugung der Bekande liegt und daß es natürlich auch die Erzeuger diese Mengen zurückhalten, um sie dann im Frühjahr zu enormen Preisen loszuschlagen. Solange der Landwirt nicht freigelegt wird, das anzubauen, was er will und was sie es will, solange wird eben nach dem Gewinn verfahren und nicht danach, was für die Bevölkerung notwendig ist. Hieraus ist es ja auf keine Weise ein Beweis, daß durch diese planlose Herstellung von Nahrungsmitteln, es einfach jedem einzelnen zu überlassen, was er anbauen will, die Ernährung des Volkes in immer größere Schwierigkeiten kommt. Der Antrag Andra, nachdem er diese Begründung bekommen hat, ist nichts weiter, als eine neue Anweisung auf eine Prämienwirtschaft, die ja schon der Abg. Schröder extra verworfen hat. (Pravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nach dem Schlusswort des Antragstellers wird der vorliegende Antrag einstimmig der Reichshausdeputation überwiesen.

(Schluß der Sitzung 5 Uhr 3 Min. nachmittags.)

Beim Landtage eingegangene Drucksachen:

Königl. Dekret Nr. 6, den Bericht über die Verwaltung und Vermehrung der Königl. Sammlungen und über das Armeemuseum während der Jahre 1914 und 1915 betreffend.

Königl. Dekret Nr. 7 über den Haushaltsplan des staatlichen Elektrizitätsunternehmens auf die Jahre 1918 und 1919 und über die Aufnahme einer Staatsanleihe für dieses Unternehmen.

Nr. 30. Zweites Verzeichnis der bei der Beschwerde- und Petitionsdeputation der Zweiten Kammer eingegangenen Beschwerden beziehentlich Petitionen.

Der jährl. Staatshaushaltsplan auf die Jahre 1918 und 1919.

(Fortsetzung.)

Bei der Technischen Hochschule zu Dresden (Kap. 22) Rehen 1194141 M. (+ 54073 M.) Ausgaben 100600 M. (+ 100 M.) Einnahmen gegenüber, jedoch ein Zuschußbedarf von 1093541 M. (+ 53973 M.) entsteht. Die Einnahmen von den Studierenden sind wieder auf 80000 M. beziffert. In Besoldungen werden insgesamt 771891 M. (+ 31243 M.) vorgesehen, wovon 616478 M. (+ 27688 M.) auf die Besoldungen des Lehrkörpers, der sich aus 63 Professoren und Lehrern und 73 Hilfskräften zusammensetzt, entfallen. Neu begründet wurde die Stelle eines Honorarprofessors für Stahlfestwertversuche auf allen Gebieten der Physik und des Kunstgewerbes sowie die Stelle eines Lehrers für die farbige Sprache. Für im Herbst der Jahre 1918 und 1919 nötig werdende Lehraufträge sollen 20000 M. zur Verfügung gestellt werden, das sind gegen 1916 17: 10000 M. mehr, weil nach Friedensschluß vorübergehend mit erhöhtem Bedarf an Hilfskräften zur Abhaltung von Wiederholungs- und Fortbildungsvorlesungen zu rechnen ist. Mittel für einmalige außerordentliche Ausgaben werden nicht angefordert; im vorigen Haushaltsplan waren 17000 M. für Beratungen zu dem Neubau der Chemischen Laboratorien eingestellt.

Zu den Evangelischen Kirchen (Kap. 23) wird ein Zuschuß von 1024315 M. (+ 103784 M.) angedeutet. Den auf 1134515 M. (+ 101784 M.) veranschlagten Ausgaben des Staates Rehen 110100 M. (+ 1000 M.) eigene Einnahmen der Kirchengemeinden (seit der Umwandlungsfonds) für Geistliche und an Zinsen vom Vermögen der Prediger-Witwen- und Waisenvereine gegenüber. Von den Ausgaben sind hervorzuheben 100000 M. (unverändert) Beiträge zu Wohltätigen an Kirchen- und Pfarrgebäuden, 118400 M. (unverändert) Entschädigungen an Geistliche und Kirchenmitglieder für weggefallene Stollenstellen nach dem Gev. vom 22. Mai 1876, 1375000 M. (+ 15000 M.) Ruhegehälter und Unterhaltungen an Geistliche und 670000 M. (+ 90000 M.) Witwen- und Waisengehälter und Unterhaltungen an Hinterlassene von Geistlichen. Das Mehr bei den beiden letzten Posten ergibt sich nach dem Steuerungsverhältnis in den Jahren 1911 bis 1916, bei den Witwen- und Waisengehältern außerdem auch unter Berücksichtigung der weiter zu erwartenden Waltungen des Geistes über die Versorgung der Hinterlassenen von Geistlichen vom 21. Juni 1912.

Die dem Staate für Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen, Realschulen und höhere Mädchenbildungsanstalten (Kap. 24) obliegenden Leistungen sind nach Abzug der Einnahmen von den staatlichen Gymnasien und staatlichen Realgymnasien in Höhe von 759875 M. (+ 6584 M.) von 5293062 M. (- 12852 M.) Ausgaben auf 4443187 M. (- 19436 M.) veranschlagt. Die Einnahmen verteilen sich auf 221550 M. (+ 9590 M.) auf die Fürsten- und Landesgymnasien und mit 538325 M. (- 3066 M.) auf die übrigen staatlichen Gymnasien und staatlichen Realgymnasien. Bei den Fürsten- und Landesgymnasien werden an Grundrückstellungen (höhere Erträge der Landesgymnasien und des Brandenburger Hofes sowie höhere Rücklagen für Dienstwohnungen) 10300 M. mehr erwartet. Bei den übrigen staatlichen Gymnasien und staatlichen Realgymnasien wird mit einer Mindereinnahme von 5700 M. Schülerzahlungen nach dem verminderten Schülerbestande gerechnet. Gegenüber steht auch hier eine höhere Einnahme aus Grundrückstellungen. Von den Ausgaben entfallen 346755 M. (+ 3449 M.) auf die Fürsten- und Landesgymnasien, 2380744 M. (- 16119 M.) auf die übrigen staatlichen Gymnasien und staatlichen Realgymnasien zu Zwecken der Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen, Realschulen und höheren Mädchenbildungsanstalten. Von den Ausgaben für die staatlichen Gymnasien und Realgymnasien kommen u. a. 2098086 M. (- 23487 M.) hauptsächlich nach dem Dienstalter) auf die Besoldungen der Rektoren und Lehrer, deren Bestand sich nach dem neuen Haushaltsplane nicht geändert hat und sich demnach noch wie folgt zusammensetzt: 17 Rektoren, 315 Räte und 20 nichtständige Lehrer sowie 36 Hochlehrer. Unter den allgemeinen Ausgaben zu Zwecken der Gymnasien usw. erscheinen u. a. 110000 M. Ruhegehälter und Unterhaltungen an Lehrer (- 100000 M., weil der Zugang hinter der auf Grund der Steigerung in den Vorjahren berechneten Höhe zurückgeblieben ist), 540000 M. Witwen- und Waisengehälter und Unterhaltungen an Hinterlassene von Lehrern (+ 100000 M. nach Maßgabe der verhältnismäßigen Steigerung in den Jahren 1911 bis 1916 und der weiter zu erwartenden Wirkung des Gesetzes über die Versorgung der Hinterlassenen von Lehrern vom 21. Juni 1912). In Beihilfen an Gemeinden zur Unterhaltung von Realgymnasien, Oberrealschulen und Realschulen sind 721000 M. (+ 12509 M.) vorgesehen, und zwar: a) je 25000 M. für die 9 Realgymnasien zu Chemnitz, Grimnitzschau (neu), Freiberg, Glauchau, Reichen, Pflanz, Reichenbach und Zwickau sowie für die beiden Oberrealschulen zu Bausen und Meerane, ferner je 18000 M. für die beiden Realgymnasien zu Malschwitz und in der Provinz zu Robeuden, insgesamt 311000 M. und in der Provinz zu Aue, Auerbach, Frankenberg, Grimma, 16 Realschulen zu Aue, Auerbach, Frankenberg, Grimma, Großenhain, Kamenz, Leisnig, Lobau, Rittweide, Talsig i. S., Tschirnberg, Stollberg, Schwarzenberg, Stollberg und Weiden sowie die beiden Realgymnasien in Bieha und Waldheim, zusammen 216000 M. (- 1200 M.) durch Wegfall für Grimnitzschau, siehe Zugang unter a), c) 194000 M. (- 500 M. durch Wegfall für Grimnitzschau) zur Aufrechterhaltung der Klassen der unter b) aufgeführten Gemeinden bei Erleichterung der Alterslagen und Wohnungsgeldzuschüsse der Realschullehrer.

(Fortsetzung folgt.)

